

LANDTAG LIBERAL

01
25



**UNSERE WERKZEUGE
FÜR DIE ZUKUNFT:
FREIHEIT UND
EIGENVERANTWORTUNG**

DAS MAGAZIN DER FDP-LANDTAGSFRAKTION NORDRHEIN-WESTFALEN

Neue Politik
für Selbstständige

Einführung
von Schulbudgets

Für ein
Freiwilliges Handwerksjahr

Liebe Leserinnen und Leser,

optimistisch, modern, zukunftsorientiert – das sind die Werte, die uns Freie Demokraten im Landtag NRW leiten. Wir stehen für Fortschritt durch Freiheit. Jeden Tag setzen wir uns mit Überzeugung dafür ein, unser Bundesland zukunftsfest zu machen – mit solider Finanzpolitik, Innovationskraft und einer klaren Haltung zu Transparenz und Verantwortung. Doch wie soll diese Zukunft gelingen, wenn wir als Bürgerinnen und Bürger in erster Linie damit beschäftigt sein werden, eine wachsende Schuldenlast zu tilgen?



Während Bund und Länder Milliarden für neue Investitionsvorhaben mobilisieren – etwa für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz – wird die Schuldenbremse durch kreative Haushaltskonstruktionen zunehmend ausgehöhlt. Wir Freie Demokraten haben versucht, die zugrunde liegende Grundgesetzänderung zu stoppen – leider ohne juristischen Erfolg. Umso wichtiger ist es jetzt, mit wachem Blick zu verfolgen, welche Folgen diese Schuldenpolitik von Union, SPD und Grünen für den Landeshaushalt in NRW haben wird. Verantwortung im Umgang mit öffentlichen Mitteln bedeutet aber nicht nur, neue Schulden zu vermeiden – sondern auch, vorhandene Mittel effizient und zweckgebunden einzusetzen.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf, dass ihre Steuergelder transparent und verantwortungsvoll verwendet werden. Deshalb ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass die Landesregierung auch überblickt, in welchem Umfang gemeinnützige oder öffentlich geförderte Organisationen in den vergangenen Jahren an politischen Demonstrationen teilgenommen haben. Doch bislang bleibt die Landesregierung intransparent und untätig. Schwarz-Grün ignoriert die Frage, ob politisch einseitig auftretende NGOs mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Diese Gleichgültigkeit zeugt von mangelndem politischem Willen zur Kontrolle. Für uns Freie Demokraten ist klar: Steuergelder dürfen nicht verdeckt in politische Agitation fließen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Offenheit und Fairness im Umgang mit ihrem Geld.

Ob bei der Schuldenpolitik oder der Vergabe öffentlicher Gelder – wir schauen genau hin. Verantwortung und Transparenz sind tragende Säulen einer soliden Finanzpolitik. Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck für eine nachhaltige, verlässliche Haushaltspolitik einsetzen. Denn nur so erreichen wir echte Generationengerechtigkeit und erstrebenswerte Zukunftsaussichten für unser Land.

Herzliche Grüße

Ihr

MARCEL HAFKE

Parlamentarischer Geschäftsführer



FÜR FAIRE CHANCEN UND GELEBTE EIGENVERANTWORTUNG:

FREIE DEMOKRATEN FORDERN NEUE POLITIK FÜR SELBSTSTÄNDIGE UND FREIBERUFLER

Selbstständige in NRW – von Handwerkern über Gewerbetreibende bis hin zu Freiberuflern – sind Innovationstreiber und wichtige Arbeitgeber. Gemeinsam mit den mittelständischen Unternehmen bilden sie das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie verkörpern Innovation, unternehmerischen Mut und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – und tragen entscheidend zu Wachstum und Wohlstand in NRW bei.

Dennoch wird ihre Bedeutung in der Politik immer noch unterschätzt. Selbstständige und Freiberufler werden oftmals als Erwerbstätige zweiter Klasse behandelt. Das wollen wir Freie Demokraten ändern. Mit einer neuen Initiative setzen wir uns im Landtag NRW dafür ein, bürokratische Hürden abzubauen, die Gründungskultur zu stärken und die Wertschätzung für diese Leistungsträgerinnen und Leistungsträger zu steigern.

„Wer die Wirtschaft stärken will, muss den Boden bereiten, auf dem unternehmerische Ideen wachsen können“, verdeutlicht Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und der Freien Demokraten NRW, unsere Position. „Wir stehen fest an der Seite derjenigen, die ihre Ideen und ihre Arbeitskraft in unternehmerische Eigenverantwortung umsetzen.“ Wir fordern faire Rahmenbedingungen, weniger

Bürokratie und mehr Respekt für alle Selbstständigen und die Freien Berufe. Konkret geht es um steuerliche Entlastungen, einen flexiblen Mutterschutz, eine bessere soziale Absicherung und mehr Rechtssicherheit. Zugleich setzen wir uns für eine öffentliche Kampagne ein, die mit den Chancen und Möglichkeiten für die Selbstständigkeit wirbt. Höne weiter: „Wir wollen die Gründungskultur neu entfalten, die Menschen ermutigt, ihre Ideen zu verwirklichen, und zugleich die Hindernisse abbaut, die sie davon abhalten. NRW soll zum Land der Möglichkeiten für Selbstständige und Gründer werden – mit einer Politik, die Chancen schafft und Bürokratiebarrieren abbaut.“

Wer den Fachkräftemangel bekämpfen, Innovation fördern und den Mittelstand stärken will, muss den Mut und die Leistung der Selbstständigen und freiberuflich Tätigen würdigen. Für uns Freie Demokraten ist klar: Politisches Engagement für Selbstständige darf kein Lippenbekenntnis sein – es ist eine politische Notwendigkeit, wenn wir den Wirtschaftsstandort NRW fit für die Zukunft machen wollen.

Mit unserem Antrag legen wir den Grundstein für eine neue Wertschätzungskultur und bessere Bedingungen. ■

FDP WIRBT FÜR SCHULBUDGETS:

MEHR EIGENVERANTWORTUNG UND ENTLASTUNG DER SCHULEN

Schulbücher bestellen, Geld einsammeln, Klassenfahrten organisieren – all das gehört für viele Lehrkräfte zum Alltag. Hinzu kommen Aufgaben wie die IT-Verwaltung, die mit dem Unterrichten wenig zu tun haben. Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Diese Aufgaben lassen sich anders und besser organisieren. Deshalb fordern wir flexible Schulbudgets in Höhe von 180 Millionen Euro. So können Schulen eigenständig Verwaltungspersonal einstellen oder Dienstleistungen einkaufen. Das entlastet die Schulleitungen, reduziert Bürokratie und schafft mehr Raum für gute Bildung.

● VERWALTUNG BLOCKIERT, SCHULEN VERZWEIFELN

Das starre System der Landesregierung verhindert die Einstellung dringend benötigter IT-Fachkräfte und Schulassistenten. Stattdessen müssen Lehrkräfte und Schulleitungen diese Aufgaben übernehmen – auf Kosten von Unterricht und Bildungsqualität.

„Wir wollen dieses System durchbrechen und den Schulen direkt vor Ort die Möglichkeit geben, Verantwortung zu übernehmen. Die Schulen sind dazu bereit und in der Lage“, sagt Franziska Müller-Rech, unsere schulpolitische Sprecherin.

● FINANZIERUNG: FDP DRÄNGT AUF EINSPARUNGEN

Wie soll diese Idee finanziert werden? Im November 2024 haben wir im Haushaltsausschuss 62 Sparvorschläge über 2 Milliarden Euro eingebracht, um die Neuver-





schuldung 2025 zu verhindern. CDU und Grüne lehnten alle ab. Wir fordern gezielte Kürzungen bei PR, Dienstreisen und ideologisch motivierten Förderprogrammen sowie die Auflösung des milliarden schweren Schattenhaushalts.

EIGENVERANTWORTUNG STATT ABHÄNGIGKEIT

Mit Schulbudgets könnten Schulleitungen flexibel auf die Bedürfnisse ihrer Schulen reagieren. Sie hätten die Möglichkeit, eigenständig Verwaltungspersonal oder IT-Fachkräfte einzustellen. Dadurch würden Lehrkräfte entlastet und zentrale Verwaltungsprozesse vereinfacht. So ließe sich der Schulalltag effizienter und effektiver gestalten. „Ich höre immer wieder von Schulen: ‚Wir könnten so viel mehr leisten, wenn wir die Freiheiten dazu hätten.‘ Genau hier setzen wir an – wir geben den Schulen das Vertrauen und die Mittel, die sie brauchen“, so Müller-Rech.

EXPERTEN UNTERSTÜTZEN FDP-INITIATIVE

Dass unsere Forderungen gerechtfertigt sind, bestätigten auch die Sachverständigen im Schulausschuss Anfang März. In ihren Stellungnahmen wiesen sie auf die zunehmenden Verwaltungsaufgaben, den Personalmangel und die Belastung der Lehrkräfte hin. „Unsere Schulbudgets ermöglichen es, gezielt dort zu investieren, wo Entlastung am dringendsten nötig ist“, betont Müller-Rech.

Wir machen uns stark für eine moderne und eigenverantwortliche Schulpolitik. Müller-Rech abschließend: „Wir fordern 180 Millionen Euro für Schulbudgets – denn echte Autonomie braucht auch finanzielle Ausstattung. Unsere Schulen wissen selbst am besten, was sie brauchen. Es wird Zeit, ihnen das Vertrauen und die Mittel zu geben, um flexibel auf ihre Herausforderungen zu reagieren.“ ■



Weitere Informationen
finden Sie hier:



MEHR MORDE UND MESSER-STRAFTATEN IN NRW – FDP FORDERT WIRKSAMES SICHERHEITSKONZEPT

Anfang März wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 veröffentlicht. Die Kriminalität insgesamt ging in NRW um einen Prozentpunkt zurück. Gleichzeitig stieg die Zahl der Morde und Mordversuche deutlich. Das sei alarmierend für die Sicherheitslage, warnt unser innenpolitischer Sprecher Marc Lürbke: „Die Landesregierung rühmt sich für sinkende Kriminalität, verschweigt aber, dass ausgerechnet brutale Verbrechen zunehmen. Diese rosarote Brille hilft den Bürgerinnen und Bürgern nicht. Mehr Morde, mehr häusliche Gewalt und mehr gefährliche Körperverletzungen bei Kindern und Jugendlichen – das ist keine Erfolgsgeschichte!“

Auch die gestiegene Zahl von Messerangriffen unterstreicht die Fehlentwicklung: „Ein Plus von 20 Prozent bei Messer-Straftaten ist ein deutliches Zeichen für ein massives Sicherheitsproblem. Wir brauchen klare Kante gegen diese Gewalt – keine leeren Ankündigungen“, so Lürbke. Wir fordern ein wirksames Sicherheitskonzept, das Gewalt auf den Straßen und in den eigenen vier Wänden effektiv bekämpft. ■



HÖNE KRITISIERT SCHULDENPAKET SCHARF:

„WORTBRUCH WIRD ZUM TEUERSTEN DER REPUBLIK“



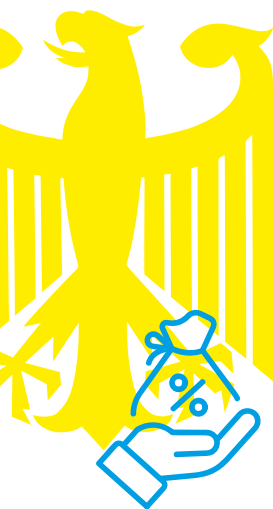
Weitere Informationen
finden Sie hier:



In der Aktuellen Stunde des Landtags NRW am 26. März hat unser Fraktionsvorsitzender Henning Höne scharfe Kritik am geplanten 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen des Bundes und der Aufweichung der Schuldenbremse geübt. Besonders ins Visier nahm er CDU-Chef Friedrich Merz: „Nicht einmal vier Wochen nach der Wahl ist die Schuldenbremse beerdigt – Merz liefert den schnellsten und teuersten Wortbruch der Republik.“ Der Staat habe kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.

PLÄDOYER FÜR DIE WIRTSCHAFTSWENDE

Die Schuldenexplosion um eine Billion Euro sei ein gemeinsames Werk von Union, SPD und Grünen – gegen frühere Versprechen. Auch NRW-Ministerpräsident Wüst bekam klare Kritik: Seine Landesregierung habe im Bundesrat „aus voller Überzeugung“ zugestimmt – ein Wortbruch auch in Düsseldorf. Wir Freie Demokraten warnen vor Inflation, steigenden Zinsen und fehlenden Reformimpulsen. Höne fordert: „Keine neuen Schulden, sondern eine echte Wirtschaftswende – durch Steuerreform, Bürokratieabbau und Planungsturbo statt Schuldenrausch. Auch für nachkommende Generationen stehen wir hierfür in der Pflicht!“ ■



„BAUWENDE STATT MIETPREISBREMSE!“ – UNSER KONZEPT FÜR MEHR WOHNRAUM IN NRW

Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ist eine der dringenden sozialen Fragen unserer Zeit. In vielen Städten herrscht Wohnungsmangel. Statt den Wohnungsbau zu fördern, setzt die schwarz-grüne Landesregierung jedoch auf strengere Mietpreisregulierungen und plant, die Zahl der betroffenen Kommunen von 18 auf 57 drastisch zu erhöhen. Regulierung allein schafft jedoch keine neuen Wohnungen – im Gegenteil: Sie verschärft die Knappheit. Besonders die Mietpreisbremse wirkt als Hemmschuh für den dringend benötigten Neubau.

„Die Mietpreisbremse ist eine Neubaubremse! Bezahlbares Wohnen entsteht nicht durch staatliche Eingriffe in Mietpreise, sondern durch mehr Wohnraum. Statt den Mangel mit immer neuen Vorschriften zu verwalten, brauchen wir eine echte ‚Bauwende‘. Der Staat muss Anreize setzen“, erklärt unsere baupolitische Sprecherin Angela Freimuth.

WIR FORDERN:

- Gebäudetyp E einführen – flexibel und günstig
- Bauordnung vereinfachen, Bürokratie abbauen
- Baugenehmigungen automatisieren („Genehmigungsfiktion“)
- Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent senken
- Mehr Flächen für den Wohnungsbau ermöglichen
- Genehmigungsverfahren digitalisieren

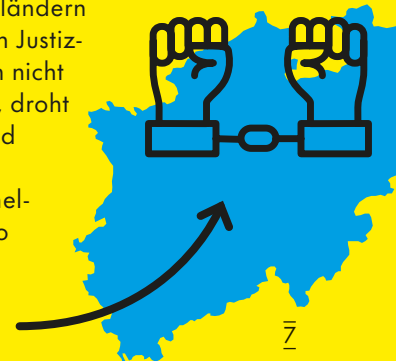


„Nur durch mehr Angebot können wir langfristig für faire Mieten sorgen und den Wohnraumangel in den Griff bekommen“, schließt Freimuth. ■

FDP-FRAKTION WARNT VOR „STRAFVOLLZUGSTOURISMUS“ IN NRW

Großzügige Regeln im offenen Vollzug machen Nordrhein-Westfalen zum Anziehungspunkt für Straftäter. Kriminelle verleihen gezielt ihren Wohnsitz hierher, in der Hoffnung auf schnellere Haftlockerungen – eine Entwicklung, die unsere Sicherheit und das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt. Beispiel: „Assads Drogendealer“ Mohamad B. kam trotz massiver Bedenken der Essener Staatsanwaltschaft nach nur 1,5 Jahren in den offenen Vollzug – bei elf Jahren Haftstrafe. „Der Strafvollzug in NRW darf sich nicht lächerlich machen. Es kann nicht sein, dass selbst Schwermischaft mit internationaler Vernetzung nach kürzester Zeit tagsüber wieder frei herumlaufen“, kritisiert unser rechtspolitischer Sprecher Dr. Werner Pfeil.

Während andere Bundesländer nur wenigen Inhaftierten Hafterleichterungen gewähren, liegt die Quote in NRW bei hohen 32 Prozent. Wir fordern Klarheit von der Landesregierung darüber, wie viele Straftäter aus dem offenen Vollzug geflohen oder rückfällig geworden sind – und warum NRW so stark von anderen Bundesländern abweicht. „Wenn Justizminister Limbach nicht den Kurs ändert, droht unser Bundesland zum sicheren Hafen für Kriminelle zu werden“, so Pfeil. ■



IMPRESSIONEN AUS DER FRAKTION

SENIORENTAG



LIBERALER TALK





VERNISSAGE



SCHULDENBREMSE PER VERFASSUNG: „SCHUTZSCHILD FÜR KÜNFTIGE GENERATIONEN“

Wir Freie Demokraten wollen die Schuldenpolitik des Landes konsequent begrenzen und dafür eine Verfassungsänderung auf den Weg bringen. Ziel ist es, die Schuldenbremse in die Landesverfassung zu schreiben und so künftig unkontrollierte Kredit-

aufnahmen zu verhindern. Für uns steht dabei die Generationengerechtigkeit im Mittelpunkt: „Schluss mit Schuldenpolitik auf Kosten unserer Kinder und Enkel! Solide Finanzen sind außerdem zentral für neues Standortvertrauen, das wir für die dringend notwendige Wirtschaftswende benötigen“, fordert unser haushaltspolitischer Sprecher Ralf Witzel. ■



FDP DECKT AUF: SPRUNGHAFTER ANSTIEG DER KEUCHHUSTENFÄLLE

Unsere gesundheitspolitische Sprecherin Susanne Schneider kritisiert die Landesregierung: „Der sprunghafte Anstieg der Keuchhustenfälle in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024 ist besorgniserregend. Innerhalb eines Jahres haben sich die Fallzahlen mehr als verzehnfacht.“

Zugleich fehle es an Analyse und wirksamen Maßnahmen. Schneider fordert eine klare Strategie zur Eindämmung, mehr Transparenz bei der Impfquote und besseren Schutz für gefährdete Gruppen: „Die Menschen in NRW haben ein Recht auf eine vorausschauende und entschlossene Gesundheitspolitik – und nicht nur auf eine rückblickende Erklärung der Fallzahlen.“ ■

JUGENDÄMTER IN NRW AM LIMIT: FDP-FRAKTION FORDERT ENTLASTUNG

Der Kinderschutz in NRW ist durch Mangel an Personal, Unterkünften und Finanzierung von Jugendämtern gefährdet. „Statt endlich zu handeln, hat Ministerin Josefine Paul die Probleme kleingeredet – mit dramatischen Folgen für die Jugendämter und die Kinder“, kritisiert unser familienpolitischer Sprecher Marcel Hafke. Wir Freie Demokraten fordern Hilfsmaßnahmen und eine Rechtsaufsicht für Jugendämter, um klare Standards und Unterstützung zu gewährleisten. „Wenn Ministerin Paul weiter zusieht, übernimmt sie die Verantwortung für eine ganze Generation von Kindern, die uns Schutz und Fürsorge anvertrauen“, mahnt Hafke. ■





„DAS JAHR DEINES LEBENS“ – FDP ENGAGIERT SICH FÜR FREIWILLIGES HANDWERKSJAHR

Wir Freie Demokraten werben im Landtag NRW für ein Freiwilliges Handwerksjahr (FHJ). „Es geht um ‚das Jahr deines Lebens‘! Mit dem FHJ geben wir Jugendlichen die Chance, sich auszuprobieren und die Weichen für eine berufliche Zukunft im Handwerk zu stellen“, erklärt Susanne Schneider, unsere Sprecherin für Arbeit und Soziales. NRW brauche „dringend neue Ansätze“ zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Handwerk.

VIER BERUFE IN EINEM JAHR KENNENLERNEN

Im FHJ lernen Jugendliche in vier dreimonatigen Praktika unterschiedliche Handwerksberufe kennen und erhalten dafür eine monatliche Aufwandsentschädigung in der Höhe, wie sie auch in anderen Freiwilligendiensten üblich ist. „Das ist die perfekte Möglichkeit, um die eigenen Talente zu entdecken, ohne sich direkt festlegen zu müssen. Gleichzeitig profitieren Betriebe, weil sie potenzielle Auszubildende früh kennenlernen“, so Schneider. Unterstützt werden soll das FHJ von den Handwerkskammern in NRW.



Mit dem FHJ wollen wir mehr junge Menschen für die duale Ausbildung begeistern und Abbrecherquoten reduzieren. „Handwerk bedeutet Zukunft! Und das müssen wir jungen Menschen noch stärker vermitteln. Ein FHJ wäre dafür ein großartiges Instrument“, schließt Schneider. ■



Weitere Informationen finden Sie hier:



WENN DU NETZ HAST, KANNST DU AUCH UNSERE NEWS LESEN!

Keine Ausreden mehr!
Echte Einblicke in die Landespolitik –
egal, wo Du gerade bist:
**Folge der FDP-Landtagsfraktion
bei WhatsApp!**

**JETZT QR-CODE
SCANNEN UND
FOLGEN!**



Bildhinweise: AI: GROK

FOLGEN SIE UNS ONLINE!



@FDPFraktionNRW



@FDPFraktionNRW



@fdpltf_nrw



FDP-Landtagsfraktion NRW



@FDPFraktionNRW



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

FDP-Landtagsfraktion NRW

REDAKTION:

Verantwortlich für Inhalt und Seiten:
Tobias Havers

ANSCHRIFT DER REDAKTION:

FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

REDAKTIONSSCHLUSS:

26. März 2025

GESTALTUNGSKONZEPT UND LAYOUT:

www.lockvogel-hamburg.de

GEDRUCKT AUF:

Umschlag: Circle Offset – IGEPA
Innen: Holmen TRND – IGEPA

DRUCK UND PRODUKTION:

BEISNER DRUCK GmbH & Co. KG

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Dieses Magazin wird aus
nachhaltigen Papierprodukten
hergestellt.

Unsere Paperauswahl ist
FSC®-zertifiziert.



UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen rund um das Thema
FSC®-Zertifizierungen können Sie online
nachlesen unter: www.fsc-deutschland.de